

Medienmitteilung

Eidgenössische Volksabstimmung vom 5. Juni 2016

Bürgerlich und fortschrittlich: Abstimmungsergebnisse ganz auf der Linie der BDP Kanton Solothurn

Mit zweimal „JA“ und dreimal „NEIN“ hat sich das Volk heute ganz im Sinne der BDP Kanton Solothurn entschieden. Die Annahme der Asylgesetzrevision ermöglicht schnellere und faire Verfahren. Ebenfalls ein wichtiges Signal ist das NEIN zur Mogelpackung Service Public, welche eine flächendeckende Grundversorgung gefährdet hätte. Die Ablehnung der Milchkuhinitiative verhindert ein Milliardenloch in der Bundeskasse. Keine Chance hatte erwartungsgemäss das bedingungslose Grundeinkommen, welches das Erfolgsmodell Schweiz ebenfalls untergraben hätte. Zum revidierten Fortpflanzungsmedizingesetz hatte die BDP Kanton Solothurn Stimmfreigabe beschlossen.

Asylgesetz

Die klare Annahme der Gesetzesrevision zeigt die Dringlichkeit der aktuellen Situation und antizipiert die Herausforderungen der Migrationspolitik. Dank dem heutigen deutlichen JA sind schnellere Verfahren möglich, die dank einer konsequenten Rechtsberatung fair und effizient abgewickelt werden können. Zudem können die Verfahren dank den Bundeszentren günstiger abgewickelt werden. Die BDP Kanton Solothurn ist erfreut darüber, dass sich das Volk nicht von der oberflächlichen Gegenkampagne blenden liess.

Service Public

Gestützt auf ihre liberale Haltung sieht die BDP Kanton Solothurn in dieser Ablehnung den typischen Willen nach einer wettbewerbsfähigen Schweiz. Um einen starken, innovativen und flächendeckenden Service Public anbieten zu können, brauchen die bundesnahen Unternehmen gleich hochqualifiziertes Personal wie die Konkurrenz.

Milchkuh

Die BDP Kanton Solothurn ist besonders erfreut, dass der Souverän die finanzpolitisch unverantwortliche Initiative klar abgelehnt hat. Ein JA zur Initiative hätte inakzeptable Kürzungen bei der Bildung, dem ÖV und der Landwirtschaft zur Folge gehabt und hätte ein Milliardenloch in die Bundes- und Kantonskassen gerissen. Für die BDP Kanton Solothurn ist ein ausgewogener Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) nach wie vor die beste Lösung.

Ebenfalls sehr zufrieden ist die BDP über das **NEIN zum bedingungslosen Grundeinkommen**. Die Initiative hätte die Funktionsweise unseres Staates und damit das Erfolgsmodell Schweiz einmal mehr in Frage gestellt und unsere Sozialwerke nachhaltig bedroht.

Die BDP Kanton Solothurn hat zum **zum Fortpflanzungsmedizingesetz** die Stimmfreigabe beschlossen. Sie war der Meinung, dass diese Vorlage sehr persönlich, emotional und nicht parteipolitisch ist.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn, 079 673 93 78

Christian van den Broeke, Vizepräsident BDP Kanton Solothurn 079 344 24 63

5. Juni 2016